

Ethikunterricht als Pflichtfach für alle oder Ersatzunterricht? Die Sicht der Pädagogik, Philosophie und Theologie

Wien (PK) - Die Parlamentarische Enquete zum Thema Religions- und Ethikunterricht wurde mit Impulsreferaten von den Universitätsprofessoren Anton Bucher, Konrad Paul Liessmann und Paul Michael Zulehner fortgesetzt.

Bucher: Ethikunterricht ist kein Ersatz für den Religionsunterricht

Universitätsprofessor Anton Bucher berichtete in seinem Referat über "Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus den Schulversuchen auf der Basis der offiziellen Evaluation im Auftrag des BMUKK".

Die Kirche sei früher dem Ethikunterricht äußerst skeptisch gegenüber gestanden, sagt er, der Staat habe aber in den 90er Jahren sehr wohl die Notwendigkeit ethischer Bildung gesehen, diese aber an die Kirche delegiert. Aufgrund des Engagements von LehrerInnen hätten dann die ersten Schulversuche mit dem Unterrichtsjahr 1997/98 begonnen.

"Der Ethikunterricht hat sich gut bewährt", fasste Bucher die bisherigen Erfahrungen zusammen. Die SchülerInnen geben ihm zufolge dem Unterricht die Zensur 2,2 und beteuerten zum Großteil, dass der Ethikunterricht wesentlich zur Bildung beitrage, die Kenntnis der Weltreligionen vertiefe und zu eigenständigem Urteil ermuntere. Die begleitenden Studien hätten auch ergeben, dass nach einem Jahr zusätzlichem Ethikunterricht ausländerfeindliche Stereotypen ebenso zurückgegangen sind wie das relativistische Lebensgefühl, es sei ohnehin alles egal. Auch die ökologische Handlungsbereitschaft sei gestiegen so wie die Toleranz innerhalb von Gruppen mit unterschiedlichen Religionen.

Der Experte empfahl daher, den Ethikunterricht in allen Staaten der EU ins Regelschulwesen zu überführen. Seiner Meinung nach müsse die Bezeichnung "Ersatzfach" endgültig verschwinden, denn Ethikunterricht könne und wolle kein Ersatz für den Religionsunterricht sein. Vielmehr sollten Religions- und Ethikunterricht als alternative Pflichtgegenstände eingerichtet werden, forderte Bucher. Als eine angemessene Bezeichnung sieht

er dafür "Ethik und Religionskunde", da man damit deutlich mache, dass auch im Ethikunterricht das Thema "Religionen" zur Sprache komme. Eine unabdingbare Voraussetzung für einen gelungenen Ethikunterricht ist laut Bucher eine gediegene Ausbildung der EthiklehrerInnen. Die Absolvierung von wenigen Seminaren sei zu wenig.

Der Experte berichtete auch, dass der moderne Religionsunterricht auf eine erstaunlich gute Resonanz stößt. Hier würde es um Mündigkeit und Toleranz, nicht aber um Indoktrination gehen. Dies ziehe selbstverständlich auch innerkirchliche Kritik nach sich, fügte er hinzu. Seiner Meinung nach sollten ReligionslehrerInnen auch mit Ethikunterricht betraut werden können, seine persönliche Vision ist die mittelfristige Einrichtung eines verpflichtenden Ethikunterrichts und Religionsunterrichts in der Sekundarstufe. An den öffentlichen Schulen muss die ethische Bildung aller Kinder und Jugendlicher Vorrang haben, so das abschließende Postulat von Anton Bucher.

Liessmann: Ethikunterricht vom Religionsunterricht entkoppeln

Universitätsprofessor Konrad Paul Liessmann wandte sich dann dem Thema "Ethikunterricht im Spannungsfeld zwischen Religionsersatz und säkularer Moral" zu. Die Einführung eines alternativen Ethikunterrichts als Ersatz für den nicht besuchten Religionsunterricht mag zwar pragmatische Gesichtspunkte haben, die Aufgaben, Möglichkeiten und Perspektiven eines sinnvollen Ethikunterrichts würden dadurch eher verzerrt und beschnitten, kritisierte Liessmann. "Ethikunterricht kann kein Ersatz für den Religionsunterricht sein, weil Ethik kein Ersatz für Religion ist", konstatierte er. Ethik sei nicht das, was von den Religionen überbleibt, wenn man Gott durchstreicht, und Religion sei ihrem Wesen nach keine Ethik für Menschen, die den Prozess der Aufklärung noch vor sich haben. Die Religion erspare den Mitgliedern einer modernen Gesellschaft nicht, sich mit den Fragen einer säkularen Moral auseinanderzusetzen, noch sei diese Moral eine Art Religionsersatz für Atheisten und Agnostiker.

Für Liessmann kann der Ethikunterricht nur dann gelingen, wenn man anerkennt, dass die Ethik Ausdrucks des Willens der Menschen ist, die Fragen ihres Zusammenlebens weder einem Gott noch einer Kirche zu überlassen, sondern ihrer eigenen Souveränität und Vernünftigkeit zu überantworten. Die Dringlichkeit des

Ethikunterrichts stellt sich ihm zufolge aus zwei Gründen: In einer prinzipiell säkular ausgerichteten pluralistischen Gesellschaft gibt es kein tradiertes Werte- und Normensystem, das von allen relevanten Akteuren eines Erziehungs- und Bildungsprozesses fraglos vorausgesetzt und weitergegeben werden könnte. Eine säkulare Gesellschaft müsse sich deshalb auch über ihre geistigen Fundamente, ihre grundlegenden Werte und ihre normativen Vorgaben stets aufs Neue verständigen. Gerade weil keine Religion mehr eine allgemein verbindliche Autorität beanspruchen könne, seien mündige Menschen gefordert, die um die Möglichkeiten, aber auch um die Grenzen eines ethischen Diskurses Bescheid wissen und diesen mitgestalten können. "Ethikunterricht ist so eine demokratie-, ja staatspolitische Notwendigkeit", stellte Liessmann dezidiert fest.

Eine moderne und in hohem Maß von Migration und kultureller Vielfalt geprägte Gesellschaft benötige Grundlagen, Formen und Verfahren des Zusammenlebens, die für alle Mitglieder dieser Gesellschaft gelten können. Die Formulierung solcher Grundlagen könne nur eine säkulare Ethik liefern, die unterschiedlichen religiösen und nicht-religiösen Moralvorstellungen einen gemeinsamen Rahmen geben muss. Dass man dabei durchaus auch in Konflikt mit bestimmten religiös fundierten Werthaltungen und moralischen Praktiken geraten kann, sei selbstverständlich. In diesem Sinne ist Ethikunterricht auch eine gesellschafts- und kulturpolitische Notwendigkeit.

Der Bogen in der europäischen Diskussion zur Ethik löte nicht nur die Möglichkeiten einer vernünftigen Ethik aus, sondern auch die Grundlage der aktuellen ethischen Debatten im Bereich der Medizin, der Biopolitik, der Wirtschaft, der Technik und der Gesellschaft. Erste und wichtige Aufgabe eines jeden Ethikunterrichts müsse es deshalb sein, in genau dieses Denken, seine Argumentationsfiguren, seine Voraussetzungen und seine Konsequenzen kritisch und altersgerecht einzuführen. "Die Frage des Ethikunterrichts muss von der Frage des Religionsunterrichts prinzipiell entkoppelt werden", forderte Liessmann. Gerade für Angehörige von Religionen mit rigiden Moralansprüchen sei die Teilnahme an einem religionsneutralen Ethikunterricht von besonderer Wichtigkeit.

Ethik müsste ein für alle SchülerInnen verbindliches Pflichtfach zumindest in der Sekundarstufe II sein, drängte Liessmann. Der

Ethikunterricht sei nichts, was von ReligionslehrerInnen oder LehrerInnen anderer Fächer nebenbei erledigt werden könne. Ethik sei keine Querschnittsmaterie, sondern eine umfassende Disziplin, in der Erkenntnisse der Sozial- und Naturwissenschaften ebenso Berücksichtigung finden müssen, wie Fragestellungen, die sich aus dem rasanten technologischen Fortschritt und der globalen Entwicklung ergeben. Liessmann hielt auch ein eigenes Studienfach Ethik für notwendig. Inhalte eines solchen Faches sollten neben den Grundlagen der philosophischen Ethiken auch Grundkenntnisse unterschiedlicher, auch religiös fundierter Moralvorstellungen und Normensysteme sein, die es erlauben, diese ohne ideologische oder konfessionelle Präferenz im Unterricht zur Sprache zu bringen.

Für Liessmann kann es nicht Aufgabe des Ethikunterrichts sein, bessere Menschen zu schaffen, oder bestimmte, oft auch vom Zeitgeist abhängige Wertvorstellungen zu indoktrinieren. Es könne auch nicht Aufgabe sein, eine "Wohlfühlatmosphäre mit Selbstverwirklichungsangeboten und Toleranzrhetorik" zu erzeugen. Aufgabe des Ethikunterrichts könne nur sein, kritisch in jene Denktraditionen und Lebensformen einzuführen, die die Basis unserer Gesellschaft darstellen. Er soll "junge Menschen intellektuell und emotional befähigen, die zunehmenden Debatten über Glücksvorstellungen und Gerechtigkeitskonzeptionen, über Freiheitspotentiale und Verantwortungserwartungen, über Grenzfragen des Lebens und des Todes, über den Umgang mit Unterschieden und Differenzen, über Werte und Wertveränderungen zu verfolgen, zu verstehen und in einer letztlich im Kriterium der Vernünftigkeit gehorchenden Weise zu gehorchen".

Zulehner. Ethikunterricht für jene, die Religionsunterricht abwählen

Universitätsprofessor Paul Michael Zulehner sprach zum Thema: "Religion und Ethik in der Schule einer pluralistischen Gesellschaft" und zitierte eingangs die österreichische Jugendwertestudie aus dem Jahr 2006. Demnach sind 68% der Jugendlichen der Ansicht, dass es Normen gebe, an die sie sich halten wollen. Dabei hätten diese Normen der Jugendlichen einen starken Realitätsbezug. 62% der Befragten wünschen demnach mehr ethischen Diskurs in der Gesellschaft und 57% mehr ethische Bildung in den Schulen.

Obwohl sich seit dem Jahr 1970 die Bedeutung des Religionsunterrichts von "sehr wichtig" zu "wichtig" verlagert hat, sehen es im Jahr 2010 immerhin noch 69% als eine wichtige Aufgabe der Kirche an, Religionsunterricht zu erteilen, und das sei nach wie vor eine Verfassungsmehrheit, unterstrich Zulehner. 66% halten es für wichtig, dass die Kinder in Österreich Religionsunterricht erhalten, um den christlichen Glauben kennen zu lernen. Die Qualität des Religionsunterrichts werde als "sehr gut" bewertet. Für immerhin 69% der Menschen in Österreich ist das Christentum ein Teil der Identität Europas, zitierte Zulehner und fügte gleichzeitig hinzu, dass diese kulturpolitische Forderung nicht an eine eigene religiöse Praxis oder ein kirchliches Commitment gebunden sei.

Die breite Wertschätzung für (sozial)ethische sowie für religiös-weltanschauliche Bildung stehen für Zulehner jedoch nicht beziehungslos nebeneinander. Sozialethische wie individualethische Bildung implizierten stets weltanschauliche Bildung, religiös-weltanschauliche Bildung habe daher immer auch sozialethische wie ethische Konsequenzen.

Die Entwicklung verlaufe nicht einbahnmäßig von der Religion zur Säkularität, stellte Zulehner fest, vielmehr ereigne sich eine "Verbuntung". Man müsse daher künftig von Religionen und von Säkularitäten sprechen, wolle man nicht einer nützlichen Ideologie aufsitzen. Die Bürgerinnen und Bürger eines Landes nähmen diese Verbuntung zwar wahr, sie hätten aber kaum Einblick in das, was Fremde glauben und leben. Das führe nicht selten zu einer durch blinde Stereotypen gesteuerten, Angst besetzten Abwehr. An die Stelle des Antisemitismus sei inzwischen eine sich ausweitende "Islamophobie" getreten, sagte Zulehner.

Daher komme den religiösen und (sozial)ethischen Fragen wachsende Bedeutung zu, wolle man den Frieden sichern. Es werde immer wichtiger, die "Anderen" in ihrer weltanschaulichen und ethischen Option kennen- und wertschätzen zu lernen, die Unterschiede wahrzunehmen und in einem friedfertigen Dialog einzuüben.

Einer demokratischen Gesellschaft könne es nicht gleichgültig sein, wenn unter den Jüngeren die Zahl jener steige, welche die lästige werdende Last der Freiheit wieder loswerden will. Der Anteil der Autoritären unter den Jungen sei seit der Mitte der 90er Jahre von 31% auf 53% gestiegen. Ebenso könne es einer

modernen Gesellschaft nicht egal sein, ob die BürgerInnen für Fragen der Solidarität und Gerechtigkeit sensibel sind oder nicht.

Eine moderne Schule habe daher die Aufgabe, Bildung in religiösen und ethischen Fragen zu vermitteln, ja sie sei dazu verpflichtet. Die SchülerInnen sollten die verschiedenen Weltanschauungen konkret kennen lernen, sie sollen erfahren, wie diese Welt und Leben deuten und welche ethischen Implikationen solche Weltanschauungen haben. Dadurch sollen sie in die Lage versetzt werden, in Freiheit ihre eigene weltanschauliche und ethische Position zu überprüfen und zu erklären. Ein wichtiger Aspekt werde die ständige Spannung zwischen ethischem Ideal und der jeweils erreichbaren Praxis sein. Eine weltanschaulich religiös und ethisch pluralistische Gesellschaft könne nur dann friedlich bleiben, wenn es in der Bevölkerung ein höheres Maß an Pluralitätstoleranz gibt, als es derzeit der Fall sei, zeigte sich Zulehner überzeugt.

Bei der Erfüllung dieser Bildungsaufgaben könne der Staat mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften kooperieren und ihnen unter bestimmten Kriterien Bildung in religiösen und ethischen Belangen in den Schulen durch einen Religionsunterricht anvertrauen, welcher auch ethische Implikationen haben werde. Sobald aber Eltern und SchülerInnen den Religionsunterricht abwählen, stehe nach wie vor der Staat in der Pflicht, Bildung über religiöse und ethische Fragen in den Schulen zu sichern, hielt Zulehner fest. Die Schule könne sich in einer modernen Bildungsgesellschaft nicht um die schulische Bildung in religiösen und (individual- wie sozial-)ethischen Belangen herumdrücken.

Abschließend merkte Zulehner an, dass in einer solchen Entwicklung auch die christlichen Kirchen aufgefordert seien, deutlich zwischen kircheneigener religiös-ethischer Bildung und schulischer Bildung in religiös-ethischen Fragen zu unterscheiden.

(Fortsetzung Enquete)

Eine Aussendung der Parlamentskorrespondenz
Tel. +43 1 40110/2272, Fax. +43 1 40110/2640
e-Mail: pk@parlament.gv.at, Internet: <http://www.parlament.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/172/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0321 2011-05-04/17:20

041720 Mai 11

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110504_OTS0321